

3.3.2017 - epd

Kein bisschen Frieden - Bischöfe wollen der Friedensbewegung Pax Christi Zuschüsse streichen

Von Karsten Packeiser (epd)

Friedensaktivisten in der katholischen Kirche sind empört: Sparbeschlüsse der Bischofskonferenz stellen die Arbeit der Organisation Pax Christi infrage.

Frankfurt a.M. (epd). Für die katholische Friedensbewegung Pax Christi könnte es eng werden. Im Januar haben die Bischöfe ein Sparpaket beschlossen, das unter anderem vorsieht, der deutschen Sektion von Pax Christi auf Bundesebene ab 2018 den bisher gezahlten Zuschuss von jährlich 60.000 Euro komplett zu streichen. Der vergleichsweise kleine Betrag bildet immerhin ein Fünftel des Haushaltes der Bundesorganisation.

Noch hoffen ehrenamtliche Friedensaktivisten an der Basis wie Barbara Hoffmann-Neeb auf eine Einlenken der Bischofskonferenz. Beim Sonntagsgottesdienst wird sie Solidaritätspostkarten verteilen und in ihrer Gemeinde auf das Problem aufmerksam machen. Wie auch anderswo in Deutschland kann ihre Basisgruppe in Offenbach am Main den Sparbeschluss nicht verstehen: «Es geht um 0,01 Prozent der Kirchensteuern, im Grunde ist das albern.»

Tatsächlich ist die Arbeit von Pax Christi auf der Ebene der Bistümer zwar nicht unmittelbar bedroht. Für die Ortsgruppen, die in der Flüchtlingshilfe arbeiten oder sich für ein Ende des Nahostkonflikts starkmachen, wäre der mögliche Wegfall der bundesweiten Geschäftsstelle aber ein schwerer Verlust. «Ohne Unterstützung und die Organisation aus Berlin könnten wir nicht so weiter arbeiten», sagt die Offenbacher Friedensaktivistin.

Die Geschichte von der internationalen Bewegung Pax Christi reicht bis in die Zeit des Zweiten Weltkriegs zurück, als sich katholische Christen noch vor der deutschen Kapitulation Gedanken über die deutsch-französische Aussöhnung machten. Später waren Vertreter der Bewegung unter den ersten Deutschen, die offiziell das Vernichtungslager Auschwitz besuchten. Pax Christi schickte Freiwillige zu Wiederaufbau-Einsätzen in die kriegszerstörten Balkan-Staaten, aktuell ist ein Schwerpunktthema der Kampf gegen Waffenexporte.

In Deutschland hatten die politisch eher links verorteten katholischen Friedensgruppen schon immer nicht nur Freunde im konservativen kirchlichen Establishment. Mit dem Präsidenten der deutschen Sektion, dem Fuldaer Bischof Heinz Josef Algermissen, gibt es aber auch einen engagierten Fürsprecher. Deshalb bleiben die Hintergründe der Sparbeschlüsse vollkommen unklar. Nicht einmal Pax Christi selbst hat eigenen Angaben zufolge bislang eine Erklärung dafür erhalten, warum die Bewegung Anfang des Jahres als nicht mehr förderungswürdig eingestuft wurde.

Die katholische Deutsche Bischofskonferenz gibt sich bedeckt. Es liefen noch Gespräche, teilt deren Pressesprecher Matthias Kopp mit: «Zu näheren Einzelheiten gebe ich derzeit keine Auskunft.» Auch Bischof Algermissen äußert sich derzeit nicht öffentlich zu der Debatte. Unabhängig voneinander bestätigten mehrere Quellen dem Evangelischen Pressedienst (epd), dass die Streichliste von einem Wirtschaftsprüfungsunternehmen zusammengestellt und ohne größere Diskussionen oder detaillierte Prüfung beschlossen wurde.

Die Berliner Pax-Christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann hält ein Umlenken noch für möglich. Der Münchner Kardinal Reinhard Marx, Vorsitzender der Bischofskonferenz, habe nach der Entscheidung versichert, dass die Bischöfe weiterhin das Engagement der katholischen Friedensbewegung sehr schätzten, berichtet sie. Außerdem engagierten sich in der Friedensarbeit viele Menschen, die ohne die Bewegung schon längst aus der katholischen Kirche ausgetreten wären.

Eine Internet-Petition zum Erhalt der Fördermittel zählt mittlerweile über 5.000 Unterzeichner. **Auch Christian Weisner von der Reformbewegung «Wir sind Kirche» kritisiert das Vorgehen der Bischöfe: «Die machen mit unseren Kirchensteuern, was sie wollen. Das ist ein Unding.» Offenbar gebe es in den Diözesen einen immer stärkeren Trend zur Kleinstaaterei, bistumsübergreifende Arbeit sei immer weniger gefragt.**

In der evangelischen Kirche wird die Entwicklung ebenfalls mit einer gewissen Sorge betrachtet. Sollte die katholische Partnerorganisation geschwächt werden, würde er das «sehr bedauern», sagt der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahms.
Zuletzt geändert am 03.03.2017